



FRAGEBOGEN

ZUM PROGRAMMENTWURF

EINLEITUNG

Mit der Märzausgabe des Vorwärts verschickt der SPD Parteivorstand einen Fragebogen zur Mitgliederbefragung zum Grundsatzprogramm. Unserer Meinung nach ist dieser Fragebogen nicht geeignet, die wichtigen Diskussionen innerhalb der SPD nachzuvollziehen.

Viele Fragen sind schlicht weg platt oder undeutlich und damit missverständlich. Zum Beispiel verbietet das Grundgesetz Angriffs- und Präventionskriege, wir glauben, dass die SPD auf dem Boden des Grundgesetzes steht und diese Frage deshalb vollkommen unnötig ist. Aus diesen Gründen haben wir uns entschlossen einen eigenen Fragebogen zu entwerfen.

I GRUNDSÄTZE

- | | | | |
|-----|---|----------------|---------------------------|
| 1.1 | Der demokratische Sozialismus, im Sinne des Berliner Programms, sollte weiter im Mittelpunkt des Programms stehen. | stimme voll zu | stimme überhaupt nicht zu |
| 1.2 | Freiheit für alle kann nur verwirklicht werden, wenn alle auch ökonomisch ein menschenwürdiges Leben führen zu können | | |
| 1.3 | Gerechtigkeit ist mehr als Fairness. Für uns zählt nur die Gerechtigkeit im Ergebnis. | | |
| 1.4 | Solidarität ist Aufgabe des Staates, sie darf nicht auf die BürgerInnen übertragen werden. | | |
| 1.5 | Die SPD als Mitgliederpartei bedeutet auch, dass demokratisch gefasste Beschlüsse geachtet werden müssen. | | |
| 1.6 | Die SPD als Programmpartei braucht ein Programm mit Zukunftsperspektive für die nächsten 20 bis 40 Jahre. | | |
| 1.7 | Die Programmdebatte muss auch dazu genutzt werden, uns deutlicher von der Union abzugrenzen. | | |

II. EINE FRIEDLICHE, FREIE UND GERECHTE WELTORDNUNG

- | | | | |
|-----|---|----------------|---------------------------|
| 2.1 | Die Globalisierung ist kein Naturgesetz, sondern durch politische Entscheidungen und den technischen Fortschritt entstanden und kann deshalb auch durch die Politik gestaltet werden. | stimme voll zu | stimme überhaupt nicht zu |
| 2.2 | Das Ziel ist eine gerechte Weltordnung für alle Menschen und nicht eine gerechtere. | | |
| 2.3 | Die Rolle die VerbraucherInnen zu diesem Ziel beitragen können ist sehr begrenzt und hängt vom individuellen Geldbeutel ab. | | |
| 2.4 | Eine Friedenspolitik braucht wirkliche Abrüstung weltweit und nicht eine Abrüstung die nichts anderes ist als eine Professionalisierung der Armee. | | |
| 2.5 | Im Berliner Programm ist festgehalten, dass Krieg kein Mittel der Politik sein kann. Dass soll auch im neuen Entwurf uneingeschränkt weiter gelten. | | |
| 2.6 | Innerhalb des Grundsatzprogramms muss auch Platz sein für eine kritische Auseinandersetzung mit der Beteiligung der rot-grünen Regierung an militärischen Aktionen. | | |
| 2.7 | Der Bremer Entwurf schlägt das "deutsche Interesse", als Kriterium für militärische Einsätze vor. Stimmt Du der Einführung dieses Kriteriums zu? | | |
| 2.8 | Die SPD befürwortet einen ständigen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat, um langfristig einen europäischen Sitz anzustreben. | | |

III. DAS SOZIALE UND DEMOKRATISCHE EUROPA

- 3.1 Das Ziel der Europapolitik sind langfristig die Vereinigten Staaten von Europa. stimme voll zu stimme überhaupt nicht zu
- 3.2 Die Ursachen der derzeitigen Krise der EU liegen in dem fehlenden sozialen Projekten und dem Demokratiedefizit und nicht in der fehlenden Information der BürgerInnen.
- 3.3 Wir wollen ein Europa, das gemeinsame Lösungen und Standards über den Standortwettbewerb stellt. Dies erfordert konkret auch eine einheitliche Bemessungsgrundlage und Mindestsätze bei der Unternehmenssteuer.
- 3.4 Eine weitere Militarisierung der Europäischen Union, wie auch in Teilen des bestehenden Verfassungsentwurfs, lehnen wir ab.

IV. SOLIDARISCHE BÜRGERGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHER STAAT

- 4.1 Es sollte mehr direkte Mitbestimmungsmöglichkeiten geben, als Ergänzung der parlamentarischen Demokratie. stimme voll zu stimme überhaupt nicht zu
- 4.2 Starke Einzelinteressen drängen auf die Privatisierung öffentlicher Aufgaben. Der Staat steht weiter in der Verantwortung den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft zu sichern. Dafür braucht man einen handlungsfähigen Staat, dies steht über dem Ziel der Haushaltskonsolidierung.
- 4.3 Das Recht auf Asyl ist unantastbar, es muss wieder hergestellt und Restriktionen zurückgenommen werden.
- 4.4 Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir brauchen eine Politik für die Zuwanderung aus ökonomischen Gründen, deren Hauptkriterium nicht die Nützlichkeit der MigrantInnen für "Deutschland" ist.

- 4.5 Wir begrüßen die Selbstorganisation von Menschen, der Staat darf dies allerdings nicht dazu nutzen, Aufgaben zu privatisieren.

V. GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER

- 5.1 Frauen und Männer haben gleichermaßen das Recht auf Existenz sichernde Erwerbsarbeit, gleichen Zugang zum Beruf, beruflichen Aufstieg und gleiche Bezahlung, dies muss auch gesetzlich abgesichert werden. stimme voll zu stimme überhaupt nicht zu
- 5.2 Frauen ohne Kinder dürfen von der Gesellschaft nicht an den Pranger gestellt werden.

VI. NEUE WERTSCHÖPFUNG UND GUTE ARBEIT

- 6.1 Die ArbeiterInnenbewegung hat wirtschaftliche Stärke und Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten ermöglicht. stimme voll zu stimme überhaupt nicht zu
- 6.2 Die soziale Marktwirtschaft, das Konzept der Union, soll von der SPD aufgegriffen und weiterentwickelt werden.
- 6.3 Auf das Ziel der Vollbeschäftigung wird weiter hingearbeitet. Dazu brauchen wir eine Politik, die zukunftsfähige Arbeitsplätze in Industrie und Dienstleistungen schafft. Für Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Perspektive haben sind besondere Angebote öffentlich geförderter Arbeit (Sozialer Arbeitsmarkt) nötig.
- 6.4 Es ist eine Wirtschaftspolitik notwendig, die auf alle Bereiche setzt und nicht nur auf so genannte Zukunftsfelder.

- | | | | |
|-----|--|-------------------|---------------------------------|
| 6.5 | Eine gerechte Wirtschaftspolitik umfasst auch Mindestlöhne von mindestens 7,50 Euro und eine Angleichung an die Inflation. | stimme
voll zu | stimme
überhaupt
nicht zu |
| 6.6 | Mitbestimmung im Betrieb und Unternehmen, die Tarifautonomie und das Streikrecht sind unverzichtbare Rechte der ArbeitnehmerInnen. Sie müssen gestärkt und ausgebaut werden. | | |
| 6.7 | Die Finanzmärkte müssen stärker reguliert werden, sowohl im Bereich der langfristigen, als auch der kurzfristigen Investitionen. | | |

VII. DER VORSORGENDE SOZIALSTAAT

- | | | | |
|-----|--|-------------------|---------------------------------|
| 7.1 | Das neue Leitbild ist der vorsorgende Sozialstaat, er soll früher als bisher ansetzen. Ein wichtiger Pfeiler sind mehr Investitionen in Bildung und Weiterbildung, um es Menschen zu ermöglichen ihr Leben selbst bestimmt zu meistern. | stimme
voll zu | stimme
überhaupt
nicht zu |
| 7.2 | Ein wichtiger Bestandteil des vorsorgenden Sozialstaats ist der nachsorgende Sozialstaat und damit auch die ökonomische Umverteilung. | | |
| 7.3 | Es geht darum nicht nur die großen Lebensrisiken abzusichern, sondern am Ziel gleichwertiger Lebensbedingungen festzuhalten. | | |
| 7.4 | Die sozialen Sicherungssysteme sollen auf eine breitere Grundlage, wie bei der Bürgerversicherung, gestellt werden und die von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanzierten Beiträge durch eine höhere und nachhaltig gesicherte Steuerfinanzierung ergänzen. | | |
| 7.5 | Im Gesundheitswesen soll auch weiterhin die Bürgerversicherung eingeführt werden. Alle BürgerInnen sollen versichert sein und entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu ihrer Finanzierung beitragen | | |

VIII. BILDUNG IN DER LERNENDEN GESELLSCHAFT

- | | | | |
|-----|---|-------------------|---------------------------------|
| 8.1 | Eine gerechte Gesellschaft muss Chancengleichheit verwirklichen. Jede Form der Ausgrenzung durch mangelnde Bildungschancen muss überwunden werden, unter anderem durch frühkindliche Bildung. | stimme
voll zu | stimme
überhaupt
nicht zu |
| 8.2 | Jeder Mensch hat das Recht auf eine gebührenfreie Bildung vom Kindergarten bis einschließlich des Studiums. | | |
| 8.3 | Längeres, gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse soll mit einer besseren individuellen Förderung verbunden werden. | | |
| 8.4 | Die Ganztageschulen sollen ausgebaut werden. Kinder und Eltern finden in der Ganztageschule verlässliche Lern- und Unterrichtszeiten. | | |

IX. KINDER UND FAMILIEN STÄRKEN

- | | | | |
|-----|---|-------------------|---------------------------------|
| 9.1 | Wir wollen eine Politik, die es jungen Frauen und Männern leichter macht, ihre Kinderwünsche zu erfüllen, ohne dabei ihre beruflichen Wünsche und Perspektiven zu gefährden. Arbeitszeiten, aber auch betriebliche Aus- und Fortbildungszeiten müssen sich auch stärker an den Bedürfnissen von Eltern orientieren. | stimme
voll zu | stimme
überhaupt
nicht zu |
| 9.2 | Eine familienfreundliche Politik braucht einen Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung ab dem zweiten Lebensjahr. | | |

X. NACHHALTIGER FORTSCHRITT

- 10.1 Wir setzen uns dafür ein, Energie effizient zu nutzen und den Anteil erneuerbarer Energien zu steigern.
- 10.2 Wir wollen den Ausstieg aus der Atomenergie, weil die Gefahren des Betriebs ebenso unbeherrschbar sind wie die Risiken der Endlagerung.

XI. ZIELE DER SPD

Im Folgenden bewerte bitte die Ziele der SPD nach dem Stellenwert, den sie für dich haben. Je weiter Du das Kreuz nach links setzt, desto höher ist der Stellenwert des jeweiligen Zieles aus Deiner Sicht, je weiter Du nach rechts gehst, desto geringer ist sein Stellenwert.

	hoher Stellenwert	geringer Stellenwert
A	Friedenspolitik	
B	Europapolitik	
C	Gleichstellungspolitik	
D	ArbeitnehmerInnenrechte	
E	Vollbeschäftigung	
F	Sozialstaat	
G	Bildung	
H	Familienpolitik	
I	Umweltpolitik	

XII. RAUM FÜR ANMERKUNGEN

Abschließend wollen wir Dir danken, dass Du Dir die Zeit genommen hast, unseren Fragebogen zu beantworten.

Bitte sende diesen Fragebogen an:

JUSOS MÜNCHEN
Oberanger 38 / III.Stock
80331 München

Konzeption und Umsetzung: **JUSOS MÜNCHEN**

Zum Senden des ausgefüllten
Dokuments per Email hier klicken

Zum Drucken des ausgefüllten
Dokuments hier klicken